

1. Einleitung

Am 5. Mai 2008 fasste das neuseeländische Parlament einen historischen Beschluss: Für den Preis von 665 Millionen neuseeländische Dollar (umgerechnet 336 Millionen Euro) kaufte es „seine“ Eisenbahn zurück. 1993 war die damals staatliche neuseeländische Bahn, deren Schienennetz sich über 4000 Kilometer erstreckt und bei der rund 2300 Menschen beschäftigt sind, für 400 Millionen neuseeländische Dollar (umgerechnet 202 Millionen Euro) an private Firmen veräußert worden. Nachdem der neuseeländische Staat bereits 2004 das Streckennetz zurückgekauft hatte, machte nun ein Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Unternehmen und der Regierung über die Nutzungsgebühren für das staatliche Schienennetz den Wiedererwerb notwendig.

Dabei galt Neuseeland lange Zeit als Musterland für die erfolgreiche Umwandlung von Staatsunternehmen in private Unternehmen. Das Bank-, Energie- und Transportwesen wurde überwiegend oder ganz privatisiert, Rente wie Sozialleistungen wurden von der konservativen Regierung zusammengestutzt, Praxis- sowie Studiengebühren erhoben.

Die Konsequenzen ließen nicht lange auf sich warten: 1998 brach, aufgrund mangelnder Wartung durch die privaten Betreiber, im Norden für 66 Tage das Stromnetz komplett zusammen. Die Fluggesellschaft stand vor dem Konkurs und die Infrastruktur war weitgehend abgenutzt. Daraufhin wurden Schritt für Schritt die Privatisierungsvorgänge wieder zurückgenommen. Nachdem bereits 2001 die Fluglinie "Air New Zealand" (die heute wieder schwarze Zahlen schreibt) durch eine Wiederverstaatlichung vor den Konkurs gerettet wurde, wurde nun auch die Bahn in öffentliche Verwaltung übernommen.¹

Auch Großbritannien verstaatlichte die Regierung nach einer Serie von schrecklichen Eisenbahnunfällen erneut das Schienennetz, damit die notwendigen Sicherheitswartungen verlässlich durchgeführt werden konnten.

Aber auch den USA blieb es im Juli 2008 nicht erspart, die beiden Hypothekenversicherer Fannie Mae und Freddie Mac zu verstaatlichen, nach dem die beiden Banken im Zuge der Immobilienkrise zahlungsunfähig geworden waren.

Um seine wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen, nationalisierte 2002 Venezuela seine Erdölproduktion, ebenfalls tat dies Bolivien nach der Wahl von Präsident Morales mit seinen Erdgasvorkommen. Der Handlungshintergrund dieser vorgestellten Beispiele aus verschiedenen Kontinenten sind die gemeinsamen Erfahrungen, was passiert, wenn Leistungen der Daseinsvorsorge privatisiert werden: Die Preise steigen, Arbeitsplätze werden abgebaut bzw. durch Billigjobs ersetzt, Investitionen werden reduziert, und in der Regel leidet auch die Qualität und Verfügbarkeit der Güter und Dienste.²

Dabei fand einst die Politik der Privatisierung breite Unterstützung, weil sie die Wiederherstellung der Effizienz angesichts des maroden Zustandes vieler öffentlicher Einrichtungen versprach, ebenso wie Kosten- und damit Preissenkungen, eine neue Wahlfreiheit der Konsumenten durch Vielfalt der Anbieter und Produkte, sowie die Lösung öffentlicher Haushaltskrisen durch Veräußerungsgewinne. Setzt man den Beginn der

¹Reinhard Jellen. Neues aus dem ehemaligen neoliberalen Musterlände. Telepolis
<http://www.heise.de/tp/r4/html/result.xhtml?url=/tp/r4/artikel/27/27893/1.html&words=Neuseeland&T=Neuseel>
[and](#), Download am 2. 8. 2008

²Sahra Wagenknecht. Kommunal wird's besser.
http://www.sahrawagenknecht.de/de/article/203.kommunal_wirdas_besser.html Download am 2. 8. 2008

massiven Privatisierungspolitik im Jahre 1977 an, so muss es nicht verwundern, dass nach über 30 Jahren gebrochener Versprechen und zahlreicher gescheiterter Experimente (aus Sicht der Konsumenten) deren Geduld zu Ende ist. Tatsächlich werden ihre Lebensumstände durch eine gewaltige Schieflage der nationalen Reichtumsverteilung zugunsten der Privatisierungsgewinner sowie eine massive Schwächung des staatlichen Sektors durch den Abbau öffentlicher Verantwortung, bedroht. Die Sparpakete vergangener (und künftiger) Jahre sind ein Ergebnis dieser Politik.

2. Die Privatisierung – Hintergründe und Erfahrungen

In den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts erreichte der Einfluss der reformistischen Arbeiterbewegung in West- und Mitteleuropa ihren Höhepunkt. Sozialdemokratische Parteien stellten in wichtigen Ländern den Regierungschef oder übten maßgeblichen Einfluss in Regierungsverantwortung aus. Ihre Politik, ergänzt durch die erfolgreichen Kämpfe der Gewerkschaften, bewirkte, dass sich die Verhältnisse deutlich zu ihren Gunsten veränderten. Diese Entwicklung irritierte die Kapitaleigner und sie kündigten den sozialdemokratischen – liberalen Klassenkompromiss. Als alternatives Entwicklungsmodell setzte sich gegen Ende der 70er Jahre durch, was später Neoliberalismus genannt wurde und bisher ungesehene Akkumulationsfelder des Kapitals mit sich brachte.³

Wie kompromisslos diese neue Wirtschaftsdeologie durchgesetzt wurde, zeigt etwa der einjährige britische Bergarbeiterstreik von 1984/85. Hier wurde die Privatisierung der verstaatlichten Kohlegruben explizit dazu benutzt, um die Position der Gewerkschaften zu erschüttern.

Während in den 70er Jahren (des 20. Jahrhunderts) vor allem die Privatisierung von Betrieben aus klassischen Industriebranchen oder der Energieversorgung stattfand, wurden seit den 80er Jahren die Telekommunikation und Medien, der Wohnungsbau, Wasserbetriebe und zunehmend auch die Verkehrsinfrastruktur dem staatlichen Einfluss entzogen. Heutzutage wird nun die Inwertsetzung und Privatisierung vor allem der Bildung, Forschung, Kultur und des Gesundheitswesens vorbereitet. Sie ist getrieben vom permanenten Druck der Finanzmärkte, die auf die Erschließung neuer Anlagesphären für das überschüssige Kapital drängen.⁴ Es sind Finanzinvestoren, die maßgeblich diese Entwicklung bestimmen. Diese sind private Unternehmen (*Private Equity, Hedge Fonds*), die um das Vermögen der Geldbesitzer konkurrieren, weshalb sie schnelle und hohe Renditen für ihre Anlagen versprechen.

Während im Industriekapitalismus der 60er und 70er Jahre des letzten Jahrhunderts der Unternehmer oder Manager die Zentralfigur war, welche für die zahlreichen Produktions- und Investitionsmöglichkeiten knappe Finanzmittel zu besorgen hatte, ist die Situation heute genau umgekehrt: Die Finanzmittel und Finanzierungsmöglichkeiten sind reichlich vorhanden, es fehlen jedoch vergleichbare Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten.⁵ Eine nicht unwesentliche Quelle dieser großen Geldvermögen sind die Erlöse (früherer) Privatisierung öffentlichen Eigentums.

Weltweit wurden in der langen Privatisierungswelle allein zwischen 1977 und 2004 mehr als 4000 Privatisierungen realisiert, die Erlöse von 1,35 Billionen US-\$ erbrachten. Jede dritte

³ Rainer Rilling: Remix der Eigentumslandschaft. vorgänge Heft 2/2008, S. 103

⁴ Mario Candeias: Krise der Privatisierung <http://www.who-owns-the-world.org/wp/2008/02/20/krise-der-privatisierung/> Download am 2. 8. 2008

⁵ Rainer Rilling, Remix, S. 104

Privatisierung und 48 Prozent der Erlöse wurden dabei in Europa realisiert.⁶ Europa war lange Zeit das globale Zentrum dieser Politik, dies hängt mit der Privatisierung in England zusammen, womit die englische Premierministerin Margret Thatcher den Sektor der staatlichen Unternehmen von 10 Prozent des Bruttosozialprodukts auf Null reduzierte. Mitte der 80er Jahre breitete sich die Privatisierungspolitik über Kontinentaleuropa aus: 1985 folgte Italien, 1986 Frankreich, 1987 Österreich⁷, 1989 schließlich Portugal, Spanien und Schweden. 1998 kam es zur Privatisierung von strategischen Unternehmen wie ENI (Italien), Swisscom (Schweiz), ENDESA (Spanien) und France Telekom (Frankreich). „Die Privatisierungswelle in Europa während der 90er Jahre repräsentiert definitiv einen der größten Eigentumswechsel in der Geschichte der Unternehmen.“⁸

Diese Entwicklung wurde durch die Gestaltung des rechtlichen Rahmens seitens der internationalen Wirtschaftsorganisationen noch verstärkt: Etwa durch das GATS-Abkommen der Welthandelsorganisation WTO zur Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, der EU – Dienstleistungsrichtlinie, aber auch den Maastricht – Kriterien u. a. Damit ist sichergestellt, dass der Druck der Konzerne zur Öffnung des öffentlichen Sektors für private Investoren weiter anhält. Gerade auf diesem Gebiet der Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Müllentsorgung,...) und immateriellen Produktion. (z. B. Patente auf bestimmte tropische Pflanzen) erwarten sich die Konzernherrn Anlagemöglichkeiten mit hohen Renditen. Auf der anderen Seite bilanzierten viele öffentliche (Bund, Länder, Gemeinden) und staatliche Haushalte aufgrund sinkender Steuereinnahmen negativ. Dies ist wiederum auf ein geringes Wirtschaftswachstum, die Entscheidung für eine Politik der hohen Arbeitslosigkeit und die steuerliche Entlastung hoher Vermögen und Einkommensklassen zurückzuführen. Um diese Löcher zu stopfen, wurden (und werden) immer öfters die kommunalen Einrichtungen aus der Budgethoheit in eigene Betriebsgesellschaften, teilweise auch in Vereine ausgegliedert.

Dies war (und ist) wiederum nur allzu oft der erste Schritt, um einen „strategischen Partner“ ins Boot zu holen und die Einrichtung zu privatisieren. Damit verliert sich das Mitbestimmungsrecht durch gewählte öffentliche Vertreter, im besten Fall wird es auf ein Informationsrecht zusammengeschmolzen. Die Bedürfnisse der Öffentlichkeit, etwa nach sozialen Tarifen, Versorgung entlegener Orte, etc., gehen damit im Wettlauf um die höchste Rendite unter. Es ist eine bittere Erfahrung aus 30 Jahren Privatisierungspolitik, dass durch den Gewichtszuwachs der Finanzmärkte, als deren Schlüsselakteure mittlerweile private Banken und Investoren operieren, eine schleichende Verdrängung der Öffentlichkeit (*crowding out*) und ihrer Mitbestimmung, stattfindet.

Kurz gesagt, handelt es sich bei der Privatisierung öffentlichen Eigentums um ein Geschenk an die Besitzenden: Die Regierung(en) a) befördern durch ihre Steuerpolitik das Wachstum des privaten Geldvermögens (die Abschaffung der Erbschaft- und Schenkungssteuer zum 31. 7. 08 in Österreich ist so ein Fall – Anm. d. Verf.), b) verkaufen ihnen dann noch für einen Bruchteil dieses Geldes die eigenen Vermögenswerte und c) sichern im Anschluss daran oft genug noch mit hohem Mitteleinsatz (Infrastruktursicherung, Bereitstellung von Zuliefersystemen, rechtliche oder ggf. militärische Absicherung) deren gewinnträchtige private Verwendung. Im Ergebnis werden öffentliche Infrastruktur und staatliches Kapital zurückgedrängt.⁹ Als Beispiel sei die Schließung zahlreicher Postämter in den letzten Jahren in Österreich ins Gedächtnis gerufen.

⁶ Rainer Rilling, Remix , S. 105

⁷ <http://www.oeiag.at/htm/oiag/geschichte.htm> Download am 2.8. 2008

⁸ Bortolotti Bernado et. al.: Privatization in Western Europe, Mailand 2006, S. 24

⁹ Rilling Rainer. Die Eigentumsfrage kehrt zurück. RIs-Standpunkte 12/2007. S. 2

3. Die Auswirkungen der Privatisierung

- ✓ Umverteilung von unten nach oben

Die Protagonisten dieser Politik erreichten aber eine nunmehr seit über drei Jahrzehnten anhaltende ganz außerordentliche Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben. Gleichgültig, in welches große kapitalistische Land man schaut – in den Zentren des Kapitalismus (USA, EU, Japan) sinkt der Anteil der Löhne am Bruttosozialprodukt zwischen 1975 und 2005 um 4, 10 und 15,6 Prozentpunkte. Das oberste eine Prozent der Vermögensbesitzer und Einkommensbezieher verdoppelte und verdreifachte in dieser Zeit seinen Anteil am Volksvermögen und –einkommen, eine dramatische, unerhörte, nur mit der Situation der „goldenen“ Gründerzeit des imperialen Kapitalismus seit den 1890er Jahren vergleichbare Steigerung.¹⁰ Dieses private Finanzvermögen ist im letzten Vierteljahrhundert (1980 – 2006) von weltweit 12 Billionen\$ auf 167 Billionen\$, also das Vierzehnfache angestiegen. Das (nominale) Sozialprodukt, also die Wertproduktion der Weltökonomie, stieg in diesem Vierteljahrhundert, dagegen nur von 10 auf 48 Billionen\$, also nur um das Fünffache.¹¹ Der kürzlich veröffentlichte Bericht der Weltgesundheitsorganisation WHO bestätigt diese Entwicklung und kommt zum Schluss, dass „die Globalisierung der vergangenen 25 Jahre zwar zu einem enormen Zuwachs des Reichtums weltweit geführt hat. Die Lücke zwischen den ärmsten und reichsten Ländern habe sich aber mehr als verdoppelt: 1980 habe das Bruttonationaleinkommen der Länder mit den reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung 60 Mal so hoch gelegen wie jenes der Länder mit den zehn ärmsten Prozent Weltbevölkerung. Nach 25 Jahren Globalisierung sei diese Differenz auf das 122-fache gewachsen.“¹²

Diese augenscheinliche Schiefelage der Vermögensverteilung hat den Anspruch der Privatisierung, wonach „alle“ von den Wohlfandeffekten dieser Politik profitieren werden, widerlegt. Betrachten wir weitere Auswirkungen dieser Politik:

- ✓ „Die Privatisierung öffentlicher Betriebe wird die entfallenden Arbeitsplätze, durch das Entstehen neuer Beschäftigungsmöglichkeiten als Folge des Marktwachstums mehr als wettmachen“.¹³

Die Fakten sprechen eine gegenteilige Sprache, vielmehr kann ein eindeutiger Trend zum Beschäftigungsrückgang festgestellt werden. In Österreich sind am stärksten die Post- und Kurierdienste betroffen, wo die Zahl der Beschäftigten zwischen 1998 und 2001 um 14 Prozent zurückgegangen ist.¹⁴ Noch stärker ist der Beschäftigungsrückgang, wenn man sich die Unternehmensebene ansieht: Die höchsten Rückgänge verzeichneten die Verbundgesellschaft (1996 – 2002: -29%), die ÖBB (1996 – 2002: -20%) und die Post (1996 – 2002: -18%)¹⁵. Führt man sich die internationale Entwicklung vor Augen, ergibt sich ein noch dramatischeres Bild: In Großbritannien sind bspw. Beschäftigungsrückgänge von 58,7

¹⁰ Rilling Rainer, Remix, S.103

¹¹ Rilling Rainer, Remix, S.104

¹² WHO: Soziale Ungerechtigkeit ist tödlich. <http://science.orf.at/science/news/152397> Download am 29. 8. 2008

¹³ EU-Kommission. Grünbuch zu Dienstleistungen im allgemeinen Interesse. Brüssel 2003. S. 4

¹⁴ Roland Atzmüller/Christoph Hermann: Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse. WISO Nr. 4/2004, S. 138

¹⁵ Ebd.

% Prozent im Energiesektor (bis 2001) und zwischen 25 und 40 Prozent im ÖPNV festzustellen. In Deutschland wurde zwischen 1991 und 2002 der Personalstand bei der Deutschen Bahn mehr als halbiert und im Postsektor um 42 Prozent reduziert. Aber auch bei der schwedischen Post wurden bis 2003 zwischen 25 und 30 Prozent der Beschäftigten eingespart.¹⁶

Durch den z. T. massiven Beschäftigungsabbau kommt es in vielen Fällen zu einer Verdichtung der Arbeit und in weiterer Folge zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Ziel dieser Prozesse ist zum einen eine Reduktion so genannter unproduktiver Zeiten – das sind jene Zeiten, für die der Kunde nicht direkt bezahlt. Zum anderen sollen in einem gegebenen Zeitraum mehr Leistungen erbracht werden. Dazu kommen noch die permanenten Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Beschäftigung sowie der dauernden betrieblichen Umstrukturierung. Trotz gegenteiliger Rhetorik des Managements kommt es im Zuge der Liberalisierung und Privatisierung vielfach auch zu einer Reduktion von Qualifikation und Ausbildung der Mitarbeiter. Der öffentliche Sektor besaß lange Zeit eine gesamtwirtschaftliche Funktion, indem über den unmittelbaren Bedarf hinaus Facharbeiter ausgebildet wurden. Die Lehrlingswerkstätten der Bundesbahnen waren dafür ein gutes Beispiel. Als profitorientierte Unternehmen, die auf liberalisierten Dienstleistungsmärkten agieren müssen, wollen sich viele Betriebe diesen „Luxus“ nicht mehr leisten. So sind etwa bei der ÖBB die Zahl der Lehrlinge zwischen 1998 und 2002 um 20 Prozent gesunken¹⁷

Die Reduktion von Kosten ist ein Hauptziel der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Vor allem in den arbeitsintensiven Branchen steigt der Druck, Löhne und Arbeitszeiten zu verschlechtern, um konkurrenzfähig zu sein. Gerade im Postbereich und im öffentlichen Nahverkehr sind diese Tendenzen unübersehbar.¹⁸

Dieser Druck bewirkt auch eine zunehmende Fragmentierung von Kollektivvertragspolitik und Interessensvertretung. Diese Zersplitterung verläuft auf mehreren Ebenen. Einerseits kommt es zu wachsenden Unterschieden innerhalb der früheren öffentlichen Unternehmen. Das betrifft zuerst den Beschäftigtenstatus. Während die „alten“ Beschäftigten (oft) noch über einen Beamtenstatus verfügen, werden „neue“ nur noch im Angestelltenverhältnis aufgenommen. Mit der Änderung des Beschäftigtenstatus ist vielfach auch ein Einkommensverlust verbunden: Neue Beschäftigte verdienen um bis zu einem Drittel weniger, als es die Einstiegsgehälter der alten Dienstordnungen vorsahen. In manchen Betrieben gibt es nicht nur Unterschiede zwischen „neuen“ und „alten“ Beschäftigten. Es gibt Fälle, wo neue Beschäftigte je nach Tätigkeit nach unterschiedlichen Kollektivverträgen bezahlt werden. Dadurch wird die Belegschaft eines Unternehmens von mehreren Gewerkschaften vertreten. Ein gutes Beispiel in dieser Hinsicht ist die Linz AG, wo nun die Belegschaft von vier verschiedenen Gewerkschaften vertreten wird. Diese Zersplitterung kann dazu führen, dass zwei Kollegen im Unternehmen mit den gleichen Aufgabenbereichen unterschiedlich bezahlt werden.¹⁹ Oft kommt es in diesem Zusammenhang auch zur Herausbildung von unterschiedlichen und zum Teil nebeneinander verlaufenden

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Atzmüller/Hermann, Liberalisierung, S. 144

¹⁸ Christoph Hermann: Durch Privatisierung zum Ausnahmefall: Fragmentierung der Arbeitsbeziehungen in öffentlichen Dienstleistungen in Österreich. In: Brandt, T. et. al: *Europa im Ausverkauf. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Folgen für die Tarifpolitik*, Hamburg: VSA-Verlag 2007, S.230

¹⁹ Atzmüller/Hermann, Liberalisierung, S. 145

Mitbestimmungsstrukturen. Alle diese Entwicklungen sind sehr unüblich im österreichischen Kollektivvertragssystem.

Mit den wachsenden Unterschieden innerhalb der früheren öffentlichen Unternehmen verbunden ist andererseits eine zunehmende Zersplitterung des branchenspezifischen Kollektivvertragssystems. Eine Reihe von ihnen hat die Kollektivvertragsfähigkeit erlangt und in weiterer Folge Haustarifverträge abgeschlossen, die oft von den branchenspezifischen Kollektivverträgen abweichen. Diese zunehmenden Unterschiede im Kollektivvertragssystem stehen im Gegensatz zu der in der österreichischen Privatwirtschaft üblichen branchenspezifischen Homogenität. Insofern führt die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Österreich zwar zu einer Auflösung des traditionellen Tarifsystems des öffentlichen Dienstes, das Resultat ist aber keineswegs eine Anpassung an die privatwirtschaftlichen Verhältnisse. Stattdessen entwickelt sich ein neues, aus Sicht der Arbeitnehmer besonders ungünstiges System, weil ohne branchenweite Beschäftigungsstandards die Gefahr besteht, dass der Wettbewerb zu einer Abwärtsspirale bei den Beschäftigungsbedingungen führt.²⁰

Mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Ausdehnung atypischer Beschäftigungsverhältnisse sollen die Arbeitskosten reduziert werden. Dadurch wird ein großer Teil der Arbeitnehmer als „Selbständige“ in diesen Unternehmen beschäftigt. Sie werden vom Betriebsrat nicht vertreten, unterliegen keiner kollektivvertraglichen Bindung und sind vom Arbeitsrecht weitgehend ausgeschlossen.²¹ Hier besteht die Gefahr, dass ein Einfallstor für „Lohndumping“ und die Schaffung weiterer Niedriglohnssektoren etwa im Bereich der Postdienste geschaffen wird.

Was die Mitbestimmungsrechte betrifft, so ist festzustellen, dass die Privatisierung zu einer Verschlechterung derselben geführt hat. Zu dieser Entwicklung gehören einerseits zum Teil substantielle Verschlechterung der Rechte von Betriebsräten und Personalvertretern (bspw. bei Post und Bahn). So z. B wurde im Falle der Post das Mitbestimmungsgesetz von 1946, welches den Arbeitnehmern Rechte in die Hand gab, die über das Arbeitsverfassungsgesetz hinausgingen, reformiert und weitgehend an die Bestimmungen der Arbeitsverfassung angepasst.²²

✓ Die Behebung der öffentlichen Haushaltskrisen

Die Krise der öffentlichen Haushalte ist durch die Privatisierungspolitik nicht einmal kurzfristig beseitigt worden. Die Entlastung des Budget durch den Verkaufserlös ist meist schon nach kurzer Zeit verpufft, die Einnahmen (aus Steuern, Dividenden,...) sind weggefallen und damit die übliche Quersubventionierung anderer sozialer Dienstleistungen nicht mehr möglich.

Beispiel: Als der Postbus noch Teil der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung war, wurden die Verluste des Busverkehrs durch die Gewinne im Telefonbereich ausgeglichen. Seit diese Quersubventionierung durch die Aufsplitterung des Unternehmens weggefallen ist, müssen die Gemeinden und Länder für die Kosten aufkommen. Vor allem für kleinere Gemeinden stellt das eine zusätzliche budgetäre Belastung dar.²³

²⁰ Hermann, Durch Privatisierung, S. 230

²¹ Hermann, Durch Privatisierung, S. 213

²² Hermann, Durch Privatisierung, S. 224

²³ Hermann, Durch Privatisierung, S. 219, Fußnote 6

Ein weit verbreiteter Erfahrungshintergrund ist, dass es einerseits zu einer Verteuerung notwendiger, ehemals erschwinglicher öffentlicher Dienstleistungen kommt. Andererseits hat die Ausdünnung von Dienstleistungen die Rede vom Effizienzgewinn durch Private als Mythos entlarvt. Statt Kostensenkungen gibt es höhere Preise bei Energie, Gas, Wasser, Gesundheit, die neue Wahlfreiheit wird als intransparentes Tarifchaos erlebt.

Nachdem wichtige Argumente der Privatisierung durch die reale Erfahrungswelt widerlegt worden sind, stellt sich also die Frage, was außer schneller Profitmacherei (die zentrale Anliegen der Private Equity-Firmen und der Hedge – Fonds sind) und Steigerung der Kapitalmacht gegenüber den Beschäftigten, den Gewerkschaften und den staatlichen Einrichtungen der politischen Demokratie als Sinn der fortbestehenden Privatisierungspolitik bleiben soll.

4. Deprivatisierung und Re-Kommunalisierung

Die Privatisierungspolitik ist gescheitert – zu diesem Fazit kam der Deutsche Städte- und Gemeindebund bereits im April 2007. Zwar sind in jeder sechsten Kommune (in Deutschland) innerhalb der nächsten drei Jahren Privatisierungen geplant – bei den Großstädten über 100000 Einwohner soll es sogar fast jede dritte sein. Doch selbst bei der Beratungsfirma Ernst & Young, welche die zitierte Umfrage in Auftrag gegeben hat, muss man eingestehen, dass inzwischen auch ein gegenläufiger Trend eingesetzt hat: So denkt jede zehnte Kommune darüber nach, Privatisierungen wieder rückgängig zu machen und die an private Anbieter übertragenen Aufgaben wieder von der öffentlichen Hand ausführen lassen.²⁴

Interessanterweise sind es vor allem Kostengründe, die für die Rekommunalisierungen ins Feld geführt werden.

Was überzogene Renditeerwartungen privater Investoren bewirken können, sei am Beispiel der Stadt Bergkamen in Nordrhein - Westfalen erwähnt:

Zu den ersten Folgen der Privatisierung der Müllabfuhr in der Stadt gehören 20 entlassene Müllmänner. Die noch Beschäftigten mussten seitdem für knapp die Hälfte des früheren Lohns arbeiten. Mit den rund 880€ Monatseinkommen mussten die Beschäftigten zusätzlich Wohngeld beantragen. Die Gebühren stiegen rasant an, die Entleerungsintervalle der Müllbehälter verlängerten sich. Die Privatisierung kam der Kommune somit teuer zu stehen. Bei der rekommunalisierten Müllabfuhr sieht die Sache ganz anders aus: Die Beschäftigten erhalten Tariflöhne, die Gebühren wurden bereits nach einem halben Jahr um 10% gesenkt und die Stadt betreibt die Müllabfuhr für 770.000 Euro. Der private Anbieter hatte der Stadt 1,1 Millionen Euro gekostet, sodass eine Einsparung von 30% das Ergebnis einer gelungenen Rekommunalisierung ist.²⁵

Es gibt also eine veritable Legitimationskrise der Privatisierung. Sie nährt sich nicht zuletzt aus den zahlreichen fehlgeschlagenen Privatisierungen der Vergangenheit: wie eingangs erwähnt gibt es dafür zahlreiche internationale Beispiele. Immer öfters versuchen auch Staaten, wie die USA, Spanien, Italien, Frankreich, Deutschland²⁶ u. a. in „strategischen“ Bereichen unliebsame Konkurrenten abzuhalten. Nebenbei bemerkt haben offensichtlich der

²⁴ Wagenknecht, Kommunal wird's besser, S. 1

²⁵ Rilling, Eigentumsfrage, S. 6

²⁶ z. B. so will die deutsche Bundesregierung „ihre“ Industrie durch eine Novelle des Außenwirtschaftsgesetzes vor Übernahmen durch ausländische Investoren schützen.<http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/gegen-die-angst-vor-dem-ausverkauf/> Download am 29. 8. 2008

Staat (bzw. Länder und Gemeinden) noch immer genug politischen Spielraum, um derartige Eigentumswechsel zu verhindern oder zu initiieren. Dies steht im scharfen Kontrast zur weit verbreiteten Annahme, wonach diese Institutionen in dieser Frage weitgehend macht- und einflusslos sind.

Ausschlaggebend war und ist aber noch immer das zivilgesellschaftliche Engagement der betroffenen Kunden, Konsumenten und Beschäftigten. Schon manche Privatisierung scheiterte an eben diesem Widerstand. Vom Wirbel und manchmal heftigen Widerständen überrascht, fürchteten die Investoren um Image und Profite und zogen sich zurück. So wurden etwa in Deutschland über 160 Bürgerbegehren gegen Privatisierungen in den letzten Jahren initiiert, immerhin 32 hatten auch Erfolg. Sie haben sich innerhalb weniger Jahre zu einem strategischen Instrument des Widerstands auf lokaler Ebene entwickelt.²⁷

Diese Stimmung ist auch in Österreich nicht spurlos vorübergegangen. Die ca. 90.000 Unterschriften, welche die SPÖ Oberösterreich gegen den Börsegang der Energie AG gesammelt hat, beweisen dies eindrucksvoll.²⁸ Laut einer von der Arbeiterkammer Oberösterreich veröffentlichten IFES – Umfrage (2007) sprechen sich 74% der Befragten „eher“ oder „sehr“ gegen den Verkauf oder die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen aus. Laut dieser Umfrage wird eine Privatisierung von öffentlichen Energieversorgungsunternehmen von 37% „eher“ und von 36% „sehr“ abgelehnt. Eine große Mehrheit befürchtet dadurch höhere Strom- und Wasserpreise, 52% rechnen mit einer Verschlechterung der Versorgungssicherheit.²⁹ Laut einer anlässlich der anstehenden Privatisierung der österreichischen Fluglinie AUA durchgeführten OGM – Umfrage sehen 57% der Befragten dadurch eine Gefährdung des Standortes Wiener Flughafen und befürchten einen Mitarbeiter – Abbau.³⁰

5. Die Anti – Privatisierungspolitik der KPÖ Steiermark

✓ Verhinderung des Verkaufs der Grazer Gemeindewohnungen

Anders als die KPÖ im Bundesgebiet, konnte die KPÖ in der Steiermark in den 90er Jahren ihren regionalen Einfluss bewahren und in der zweiten Hälfte der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts sogar noch beträchtlich ausbauen. Bei der Gemeinderatswahl 1998 in Graz gelang erstmals der Sprung in die Stadtregierung und die Übernahme des Wohnungsressorts durch Ernest Kaltenegger. Bei der Grazer Gemeinderatswahl 2003 erfolgte erneut ein Zugewinn – die KPÖ stellte 12 Gemeinderäte sowie 2 Stadträte: Wilfriede Monogioudis, zuständig für die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz und erneut Ernest Kaltenegger für das Wohnungsressort.

In ihrer Kommunalpolitik hat die KPÖ stets die Wohnungspolitik in den Mittelpunkt gestellt, in der Murmetropole eine immer aktuelle Frage. In der Stadtregierung wurde diese Ausrichtung beizubehalten. Neben anderen Maßnahmen war es vor allem die Aufwertung der

²⁷ Mario Candeias, Rainer Rilling: Privatisierung in der Krise?, RosaLux 3_2007. S. 12

²⁸ Keine Privatisierung der Energie AG durch die Hintertür

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=78&Itemid=64 Download am 2. 8. 2008

²⁹ Mehrheit gegen Privatisierung <http://www.arbeiterkammer.com/www-387-IP-36307.html> Download am 2. 8. 2008

³⁰ Österreicher wünschen Lufthansa für die AUA <http://oesterreich.orf.at/wien/stories/298630/> Download am 29. 8. 2008

zahlreichen städtischen Substandardwohnungen durch den Einbau gängiger Sanitäreinrichtungen auf Kosten des Ressortbudgets. Schon früh warnte die KPÖ vor dem Ausverkauf der städtischen Wohnungen und bekräftigte ihre ablehnende Haltung gegenüber diesem Ansinnen.

Nach den hohen Ausgaben 2003, als Graz Kulturhauptstadt war, setzte bald der finanzielle Katzenjammer ein. Durch die zahlreichen Repräsentativbauten und den Veranstaltungskosten war ein großes Loch in die städtischen Finanzen gerissen worden. Deshalb überlegte die damalige Stadtregierung die ca. 4.500 gemeindeeigenen Wohnungen zu verkaufen und den geschätzten Verkaufswert von ca. 100 Millionen Euro zur Deckung der Verluste heranzuziehen. Von den beiden Stadträten der KPÖ wurde dieses Vorhaben strikt abgelehnt, dennoch wurde der Verkauf in der Stadtregierung beschlossen. Als sich die Anzeichen für Vorbereitungen zu einem Verkauf verdichteten, wollte sich die KPÖ Klarheit verschaffen. In der Gemeinderatssitzung am 18. März 2004 wurde der Dringlichkeitsantrag gestellt, der Gemeinderat solle sich klar gegen jede Form des Verkaufes der Gemeindewohnungen aussprechen. ÖVP, SPÖ und FPÖ stimmten gegen diesen Antrag. Erst nachdem die Gemeinderatsmehrheit eine klare Stellungnahme dazu abgelehnt hatte, begann die KPÖ mit Unterstützung vieler Mieter und Mieterinnen mit der Unterschriftensammlung für die Durchführung einer Volksbefragung zu sammeln. Die Rechtsgrundlage dafür bot dafür das steirische Volksrechtegesetz von 1986. Bereits in kurzer Zeit konnten über 16.000 Unterschriften für die Einleitung einer Volksbefragung gesammelt werden. Diese fand schließlich am 12. Dezember 2004 die entscheidende Volksbefragung statt, die Wähler votierten zu 96% für den Verbleib der Gemeindewohnungen im Besitz der Stadt Graz. Zwar war die Stadtregierung nicht genötigt das Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen, dennoch wurde der Verkauf bis heute nicht durchgeführt. Vielen Jungfamilien konnte dadurch die Gemeindewohnung als eine wertvolle Starthilfe in eine gemeinsame Zukunft erhalten werden. Ältere Menschen mit kleinen Pensionen schätzen wiederum die Sicherheit sozial verträglicher Mieten und leistbarer Betriebskosten.

Bei der Landtagswahl 2005 gelang es der steirischen KPÖ mit 4 Mandaten wieder in den Landtag einzuziehen. Nun konnte auch das Landesparlament für ihre Anti – Privatisierungspolitik genutzt werden.

✓ Antrag auf Rückkauf der EdF – Anteile der EStAG

Die EStAG (d. i. die Energie Steiermark AG – Anm. d. Verf.) ist der steirische Landesenergieversorger und wurde 1996 als Dachgesellschaft des Landes Steiermark für dessen Energieunternehmen Steweg, Steirische Fernwärme und Steirische Ferngas gegründet.³¹ 1998 verkaufte der Landtag mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ 25, 1 Prozent an den französischen Atomkonzern EdF (d. h. Électricité de France – Anm. d. Verf.). Damit nicht genug: Die mit der EdF abgeschlossenen Syndikatsverträge sichern ihr eine deutlich höhere Mitsprache als ihnen mit den 25 Prozent eigentlich zustehen würde. Damit war die Gefahr gegeben, dass EdF weitere Anteile dazukaufen würde und somit die EStAG mehrheitlich diesen Konzerninteressen geopfert werden würde.³² Zudem wurden im Jahr 2002 die Wasserkraftwerke der EStAG in der Steiermark an die Verbundgesellschaft bzw. deren Tochterfirma die Austrian Hydro-Power abgetreten. Die EStAG ist daher in ihrem

³¹ Zur Geschichte der Energie Steiermark. <http://www.e-steiermark.com/konzern/geschichte.htm> Download am 2. 8. 2008

³² Diese Möglichkeit war durchaus im Bereich des Möglichen, wie folgender Antrag der KPÖ-Abgeordneten belegt: <http://www.landtag.steiermark.at/cms/beitrag/10704225/5076210/> Download am 29. 8. 2008

Gestaltungsspielraum betreffend den Strompreis sehr beschränkt, da sie den Strom selbst nur noch zukaufen konnte. Gerade als in der ersten Jahreshälfte 2008 hohe Energiepreise weite Teile der Bevölkerung belasteten, machte sich das eigene Unvermögen auf den Strompreis einzuwirken, schmerzlich bemerkbar. Im April 2008 beschloss schließlich der steirische Landtag auf Antrag der KPÖ mit den Stimmen von ÖVP und Grünen den Rückkauf der EdF – Anteile. Die SPÖ stimmte dagegen.

Vor dem, oben genannten, Hintergrund ist ein Rückkauf der EdF – Anteile durch die EStAG natürlich sinnvoll. Geld wäre genug vorhanden. Schließlich verblieben die 407 Millionen Euro, die die EStAG seinerzeit für den Verkauf der Anteile lukrierte, im Unternehmen. Ein Rückkauf der Anteile würde die mangelnden Einflussmöglichkeiten des Landes Steiermark auf die Strompreisgestaltung sofort eliminieren. Das Land wäre über Nacht wieder Alleineigentümer an der Energie Steiermark.

6. Fazit und Schlussbetrachtung

Das Fazit meiner Ausführungen ist, dass gegen Privatisierungen und Liberalisierungen durchaus ein Kraut gewachsen ist. Sie sind keine unabänderlichen Naturerscheinungen. Weltweit erkennen immer mehr Menschen, dass die Vorgaben, welche ursprünglich mit dieser Politik verknüpft waren, nicht erfüllt wurden. Aus diesen negativen Erfahrungen erklärt sich m. M. die wachsende Zahl von Re-Verstaatlichungen bzw. Re-Kommunalisierungen in allen Teilen der Welt. Dennoch wäre es verfrüht nun in Euphorie zu verfallen. Folgende Punkte sollten nicht übersehen werden:

1) Auf den ersten Blick scheint es ja, als ob die große Zeit der Privatisierungspolitik zu Ende geht und wir uns am Ende eines weltweiten Trends befinden, der vor knapp drei Jahrzehnten mit den Entstaatlichungsmaßnahmen in Großbritannien und Neuseeland eingesetzt und sich seit 1993 auf alle europäischen Staaten und sukzessive auf den „Rest der Welt“ ausgedehnt hat. Der Widerstand vor Ort hat zweifelsfrei manche Privatisierung verhindert. Doch immer mehr Investoren gehen zu den Methoden des „Public – Private – Partnership“ (PPP) über und erbringen die Leistungen nicht mehr selbst. Die Privatisierung ist dadurch öffentlich nicht sichtbar und damit im Bewusstsein der Leute auch nicht mehr präsent. Man kann davon ausgehen, dass die nächsten Runden der Privatisierung bereits vorbereitet werden und dass diese Art von Privatisierungspolitik bis zum bitteren Ende fortgesetzt wird, wenn ihr nicht politisch Einhalt geboten wird.³³

2) Wie wir gesehen haben, kann dieser Privatisierungspolitik von unten Widerstand entgegengesetzt werden. Ihre Beendigung kann schließlich nur erreicht werden, in dem ihre Ursachen aufgehoben werden. Als Folge der EU-konformen nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte unter Zugrundelegung der Maastricht – Kriterien und des Euro-Stabilitätspaktes erfolgt in allen Städten und Gemeinden ein massiver Druck auf das öffentliche Eigentum der immer stärker zur Ausgliederung und Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Leistungen führt. Dazu ist es also notwendig, die Aufhebung dieser rigiden Auflagen für die Budgetpolitik zu erreichen, welche den Hintergrund für diese Politik liefert.

³³ Erinnern wir uns an die Aussage von Vizekanzler Molterer, wonach die Privatisierung der ÖBB eines seiner nächsten Ziele ist.

3) Zu beachten ist auch, dass Staatseigentum bzw. kommunales Eigentum alleine noch kein Garant für eine Gewährleistung des Gemeinwohls ist. Oft genug ist der Staat selber Akteur der Privatisierung. Ebenso ist das der Fall, wenn den staatseigenen Unternehmen selbst Profitmaximierung und Wettbewerbsfähigkeit verordnet wird. Stattdessen sollen Demokratisierung, Dezentralisierung und Effektivierung des Öffentlichen mit Blick auf die Bedürfnisse des Nutzers umgesetzt werden.³⁴

Ansätze einer entsprechenden Optimierung von Leistungen und Arbeitsabläufen gibt es bspw. bei der Kommunalverwaltung in Freiburg im Breisgau – mit günstigeren Preisen sowie positiven Effekten für den kommunalen Haushalt.³⁵

Eine alternative Politik müsste jedoch noch weiter ausgreifen und auf die Entwicklung eines politischen Projekts gehen, das die Demokratisierung von Herrschaft und die Beförderung politischer, ökonomischer und sozialer Gleichheit auszeichnet bzw. bezweckt. So würde eine Antwort auf die dominante Kultur und Praxis der Privatisierung formuliert, die auf Ungleichheit durch Ausschluss durch Berechtigung bzw. Befähigung zur Zugangskontrolle zielt und zwingend die Momente der Einschränkung der Nutzung wie der Verfügung über Güter beinhaltet.

Damit ist die „gute alte“ Frage nach den Eigentumsverhältnissen wieder ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt. Denn die Frage, wer für die Energie- und Wasserversorgung, die Müllabfuhr sowie der öffentliche Personennahverkehr Sorge trägt und wer eine hohe Qualität von Gesundheit, Bildung und Wohnraumversorgung garantieren kann, rührt nun einmal an den Grundfesten der Gesellschaft. Nur öffentliche Unternehmen sind dem Gemeinwohl verpflichtet und demokratisch kontrollierbar. Umgekehrt können sich nur Reiche einen armen Staat leisten.

Mag. Alexander Dinböck
Schmölzergasse 12/10
8020 Graz
alexander.dinboeck@reflex.at

³⁴ Mario Candeias. Krise der Privatisierung. <http://www.who-owns-the-world.org/wp/2008/02/20/krise-der-privatisierung/> Download am 2. 8. 2008

³⁵ Ebd.

Literaturverzeichnis:

1. Gedruckte Quellen:

Bortolotti, Bernado; Milella Valentina: Privatization in Western Europe. Mailand 2006

Brandt Thorsten / Schulten Thorsten / Sterkel Gabriele / Wiedemuth Jörg (Hrsg.):
Europa im Ausverkauf. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und
ihre Folgen für die Tarifpolitik. VSA – Verlag, 2008

EU-Kommission. Grünbuch zu Dienstleistungen im allgemeinen Interesse. Brüssel 2003

Rilling Rainer: Die Eigentumsfrage kehrt zurück. rls – Standpunkte 12/2007

RosaLux. Journal der Rosa Luxemburg Stiftung. 3_2007. Schwerpunkt: Krise der
Privatisierung

WISO – Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift des ISW. Nr. 4/2004. Linz 2004

Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik. Heft 2/2008 Nr. 182.
Schwerpunkt: Die Aufgabe des Staates. BWV Berliner Wissenschafts-Verlag.

2. Internet:

Ahmia Tarik: Gegen die Angst vor dem Ausverkauf.
<http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/gegen-die-angst-vor-dem-ausverkauf/>

AK Oberösterreich: Mehrheit gegen Privatisierung: <http://www.arbeiterkammer.com/www-387-IP-36307.html>

Anträge der KPÖ Landtagsfraktion:
<http://www.landtag.steiermark.at/cms/beitrag/10704225/5076210/>

Candeias, Mario: Krise der Privatisierung. <http://www.who-owns-the-world.org/wp/2008/02/20/krise-der-privatisierung/>

Geschichte der Energie Steiermark: <http://www.e-steiermark.com/konzern/geschichte.htm>

Geschichte der ÖIAG: <http://www.oeiag.at/htm/oiag/geschichte.htm>

Jellen Reinhard: Neues aus dem ehemaligen neoliberalen Musterlände. Telepolis
<http://www.heise.de/tp/r4/html/result.xhtml?url=/tp/r4/artikel/27/27893/1.html&words=Neuseeland&T=Neuseeland>

Österreicher wünschen Lufthansa für die AUA: <http://oesterreich.orf.at/wien/stories/298630/>

Wagenknecht Sahara: Kommunal wird`s besser.
http://www.sahrawagenknecht.de/de/article/203.kommunal_wirdas_besser.html

Werkstatt für Frieden und Solidarität: Keine Privatisierung der Energie AG durch die Hintertür

http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=78&Itemid=64

WHO: Soziale Ungerechtigkeit ist tödlich. <http://science.orf.at/science/news/152397>